

**Bezugspreis:**  
Hierzulande: 60.- M. monatlich, 20.- M. drei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 20.- M. einsch. Zustellungsgebühr. Unt. Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Burenburg 24.- M. für das übrige Ausland 28.- M. Post- bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Slowakei, Dänemark, Holland, Burenburg, Schweden und die Schweiz.  
Der „Bismarck“ mit der Sonntags- beilage „Voll und Zeit“, der Unter- haltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Städte und Klänge“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die schmalen Spalten Nonpar-Besize kosten 2.- M. „Reine Anzeigen“ das einzeilige Wort 2.- M. (zwei- zeilig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengeld und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Zenerungszuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Gestimmt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morianplatz 151 53-97  
Expedition Morianplatz 117 53-51

Mittwoch, den 11. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten- Abteilung Morianplatz 117 53-54

## Der Verteilungsplan von Cannes.

### Unterwegs nach Cannes.

Die deutsche Abordnung ist gestern abend von Paris nach Cannes weitergereist. Dort dürfte sie heute hören, daß Deutschland in diesem Jahr nicht 700, sondern 720 Millionen Goldmark bar zu zahlen hat, wozu noch die Sachleistungen — und die Bedingungen für die innerdeutsche Finanzwirtschaft kommen.

Inzwischen hat in Paris die Hege der Unbeding- ten begonnen. Der Abg. General Castelnau und seine Gefinnungsgenossen bekämpfen in der Presse den beabsichtigten englisch-französischen Vertrag als höchst unzureichend, da Frankreich nur am Rhein, nicht aber hinter einer nach beiden Seiten neutralen Rheinzone seine Sicherheit stabilisieren könne. Und da ist auch gerade das neue Organ von Clemenceau und Tardieu, „L'Echo National“ erschienen. Im Geleitwort sagt das Blatt, Frankreich sei seit zwei Jahren in den Händen einer Regierung der Abdankung. Aufgabe des Blattes sei es, in Frankreich den Sinn für den Sieg zu wecken und ihn gegen die zu unterstützen, die ihn verdunkeln wollten. André Tardieu sagt in seinem Leitartikel, Briand weiche in Cannes zurück, denn wieder werde durch das, was er abmache, der Vertrag von Versailles gegen Frankreichs Interessen revidiert, anstatt ausgeführt.

Selbstverständlich wird Briand nicht verfehlen, Lloyd George vorzustellen, daß er etwas nach Hause bringen müsse, wenn er trotz dieses Feldzuges der Poincaristen allen Ge- waltigen zum Trotz sich erhalten soll.

Die Reduzierung unserer Jahresverpflichtung von 2 Milliarden auf 700 oder 720 Millionen ist schon wert, ein Erfolg genannt zu werden. Es sei denn, daß man monatelang von den Phrasen der Hergt und Helfferich geistig genährt wurde; denn für die Deutschen ist auch heute noch das zu erhoffende Ergebnis von Cannes ein Mißerfolg. Wie könnte auch nur ein republikanischer Minister befähigt sein, etwas zu leisten, was im Interesse des deutschen Volkes liegt? Solange Hergt, Helfferich und deren Anhang leben, werden sie der Öffentlichkeit immer wieder weißzu- machen suchen, daß nur solche Männer leistungsfähig sind, die von einem von Gotte begnadeten Mann berufen sind.

Ganz auffällig ist die Stellungnahme der völksparteilichen Presse, die jetzt neben ihrem Geschrei von den Mißerfolgen den Ruhm dafür, daß überhaupt deutsche Delegierte nach Cannes geladen wurden, für Herrn Stinnes quittiert. Eine sonderbare Methode, nachdem Stinnes in London nur kalte Schultern gefunden hat!

### 300 Millionen sofort!

Paris, 10. Januar. (E.E.) Die Reparationsfrage stellt sich nach den letzten Nachrichten wie folgt dar: Von der ersten deutschen Goldmilliarde erhält England 450 Millionen als Vorbehalt auf seine Beschäftigungskosten. Italien erhält die bei Kriegsausbruch von ihm beschlagnahmten 31 Millionen Goldmark. Die restlichen 519 Millionen dienen zur Befriedigung der belgischen Priorität. Von den 720 Millionen Goldmark, die Deutschland im Jahre 1922 zu zahlen hat, wird Frankreich 139 Millionen erhalten, die ihm England überlassen hat, das sich mit 50 Millionen zufriedengibt. Die restlichen 531 Millionen Mark fallen Belgien zu, mit Ausnahme von 100 Millionen Mark, die sich in den Kassen der Banque de France befinden und die Frankreich bis zum 1. Mai 1923 beansuchen darf. Deutschland ist verpflichtet, 300 Millionen sofort zu zahlen. Der Rest von 420 Millionen Mark soll auf das Jahr 1922 verteilt werden. An Naturalleistungen hat Deutschland anzubringen: Für Frankreich 950 Millionen Mark, für Belgien 125 Millionen Mark, für England 100 Millionen, für Italien 240 Millionen Mark, andere Länder 35 Millionen Mark, insgesamt 1450 Millionen Mark.

Paris, 10. Januar. (E.P.) Wie der Korrespondent der „Information“ in Cannes schreibt, beaufen sich die Sachleistungen insgesamt auf 2170 Millionen Mark, anstatt der im Londoner Zahlungsplan vorgesehenen drei Milliarden. Es besteht damit Aussicht, daß dieses Verteilungsschema in der heutigen Sitzung des Obersten Rates angenommen wird. Die französisch-belgische Kontroverse über die Saargruben ist noch nicht erledigt. Es wurde aber beschlossen, daß der Wert der Saargruben endgültig auf 700 Millionen, zahlbar in Obligationen der Serie A und 100 Millionen, zahlbar in Obligationen der Serie C festgesetzt werden soll.

**Die erste Verhandlung mit den deutschen Vertretern.**  
Paris, 10. Januar. (E.P.) Nach einer Meldung des „Informant“ aus Cannes soll die erste Verhandlung mit der deutschen Delegation vor dem Obersten Rat morgen nachmittags 2 Uhr stattfinden.

### Fransösische Forderungen für Cannes.

Paris, 10. Januar. (E.P.) Die ordentliche Parlamentssession ist heute eröffnet worden. Die Sitzung des Senats wurde durch den Alterspräsidenten Denis mit einer hausinternen Ansprache eröffnet, in der er u. a. behauptete, daß Deutschland anstatt endlich seine Kriegsschulden abzutragen, wie Frankreich 1871, sich seinen Verpflichtungen entziehe und alles tue, um seine Regierungen bankrott zu machen. Frankreich sei am Ende seiner Opfer angelangt. Es sei ihm unmöglich, neue Steuern auszufordern. Der Senat wird am Donnerstag die Präsidentenwahl vornehmen.

### Die Einladung Lenins.

Wie der Rigaer Korrespondent des „Ost-Express“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wurde die Einladung der Alliierten an Lenin im Rat der Volkskommissare am 8. Januar erörtert und dabei besonders hervorgehoben, daß eine Einladung zu einer europäischen Konferenz im Grunde genommen gleichbedeutend einer Anerkennung der Sowjetregierung sei. Ihrer Natur nach hätte diese Einladung nicht an Lenin persönlich, sondern an die Regierung gerichtet werden müssen. Da Krassin in seiner bekannten Unterredung mit Lloyd George diese Frage bereits in allgemeiner Form besprochen hat, so sei die persönliche Einladung an Lenin für die Sowjetregierung eine Überraschung gewesen. Es wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Einladung an Lenin einen Hintergedanken decken solle, nämlich den Wunsch, auf diese Weise sich den Folgen einer unmittelbaren Fühlung mit der Sowjetregierung zu entziehen. Es wurde indessen betont, daß die russische Regierung auf Grund der Sowjetverfassung zu handeln verpflichtet sei. Lenin wird nicht in Genua erscheinen. Um formellen Vorwürfen vorzubeugen, wird die Delegation des Allrussischen Zentralkomitees weitestgehende Vollmachten erhalten. Für den Fall, daß der Oberste Rat doch auf der Person Lenins bestehen sollte, würde dies die Möglichkeit bieten, vor aller Welt zu zeigen, daß die Hindernisse nicht von Russland ausgehen. In Sowjetkreisen ist man überzeugt, daß der russische Gegenorschlag doch angenommen werden wird.

### Russland wünscht London.

Cannes, 10. Januar. (E.P.) Gestern abend kam ein zweites Telegramm von Tschitscherin an, worin dieser vorschlägt, den Sitz der Wirtschaftskonferenz nach London zu verlegen, da Genua zu abgelegen und die Verbindungen ungenügend seien. In kommunistischen Kreisen in Cannes erklärt man diesen Vorschlag folgendermaßen: die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Wahl Genuas dem Gedanken einer unwichtigen, nur vorbereitenden Konferenz eine Bedeutung ersten Ranges verleihen würden, wie es für die Rückkehr Russlands in den europäischen Völkerkongress auch angezeigt sei. Das Telegramm hat in den Kreisen der Konferenz große Überraschung, so zum Teil Befürchtung hervorgerufen, besonders unter der italienischen Delegation und beim Bürgermeister von Genua, der in Cannes eingetroffen ist.

Der deutsche Vertreter in Russland, Ministerialdirektor Prof. Wiedenfeld, kehrt am Donnerstag, den 12. Januar, nach Rostau zurück.

### Benesch über das österreichische Abkommen.

Wrag, 10. Januar. (E.P.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Dr. Benesch, auf die Anfrage eines Abgeordneten, daß er keinen geheimen Vertrag mit dem früheren österreichischen Staatskanzler Dr. Renner abgeschlossen habe. Es wurden damals in Form eines Protokolls, dessen Inhalt durch ein offizielles Communiqué veröffentlicht wurde, die Richtlinien der Politik der beiden Staaten festgelegt, es war kein zwischenstaatlicher Vertrag und kein Geheimvertrag. Das Einvernehmen hatte zur Grundlage, daß beide Staaten auf dem neuen System in Zentraleuropa beharren und wirtschaftlich und politisch Gegner jedweder Staatsform sind, welche eine Erneuerung des alten Regimes darstellen würde. Das Abkommen, das gegen jeden Plan der Bildung einer wirtschaftlichen und politischen Föderation gerichtet war, richtete seine Spitze gegen jedes Bestreben, die Restauration der Habsburger zu verwirklichen. Es habe keinerlei militärische Verpflichtungen gezeitigt; es wurde nur vereinbart, daß beide Staaten wohlwollende Neutralität bewahren würden, wenn ein Angriff auf einen von ihnen von dritter Seite unternommen werden würde. Die Richtlinien dieser Politik waren also gegen keinen Staat gerichtet. Das Protokoll wurde dem Völkerbund nicht vorgelegt, weil es nach den Statuten des Bundes nicht nötig war. Es sei selbstverständlich, daß die in dem Protokoll wieder- gegebene Auffassung Gewicht für jene hatte, die sie äußerten. Der ehemalige Staatskanzler Dr. Renner und Bundeskanzler Dr. Schöber haben sich die erwähnten Richtlinien zu eigen gemacht.

Zur Frage des Kredits für Oesterreich sagte der Ministerpräsident, es sei eine Einigung darüber erfolgt, Oesterreich einen gewissen Kredit zu gewähren, damit es sich wirtschaftlich und währungsrechtlich erholen könne. Dieser Kredit könne ein Konsum- oder Finanzkredit sein, das sei Sache der Abmachung.

Ein tschechischer Abgeordneter hatte den Ministerpräsidenten gefragt, ob bei den Verhandlungen mit Oesterreich auch die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland oder wenigstens die Agitation besprochen worden sei, welche in Oesterreich noch immer gefördert werde. Hierbei hatte der Abgeordnete die Erklärung des neuen deutschen Gesandten in Wien, Dr. Pfeiffer, erinnert, er werde es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, das Verständnis für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland in der ganzen Öffentlichkeit zu verbreiten. Darauf erklärte der Ministerpräsident, diese Anfrage werde am besten durch die Bestimmung des Friedensvertrages beantwortet, die bei den Verhandlungen mit Oesterreich stets berücksichtigt wurde.

## Grenzen der Koalitionspolitik.

Von Friedrich Stampfer.

Die Probleme, zwischen denen die Leipziger Erörterungen hin und her pendeln, sind die Einigung auf der einen Seite, die Koalitionspolitik auf der anderen. Sinn und Kern der meisten Reden ist: „Wir wären schon für die Einigung, wenn bloß die Koalitionspolitik nicht wäre!“

Logischerweise müßte man daraus schließen, die Unabhängigen wünschten, daß wir auf die Koalition verzichten sollten, um die Einigkeit wieder herzustellen. Das ist aber unwahrscheinlicher als die Tatsache, daß die Unabhängigen nicht direkt mittun, und darum erkliden sie in unserer Koalitionspolitik ein Hindernis für die Einigung. So also liegen die Dinge in Wirklichkeit, und man muß das ganz offen aussprechen: Die Unabhängigen wollen, daß wir Koalitionspolitik treiben, aber sie wollen selber dabei nicht direkt mittun, und darum erkliden sie in unserer Koalitionspolitik ein Hindernis für die Einigung.

Daß man dieses Verhalten der Unabhängigen bedauern muß, ist selbstverständlich, sich hochhaft über seinen inneren Widerspruch auszulassen, wäre leicht, doch wäre damit wenig gewonnen. Lieber soll versucht werden, seinen tieferen Gründen nachzuforschen.

Sie liegen zum Teil in geschichtlichen Tatsachen, zum Teil in einer nicht unbegrifflichen gefühlsmäßigen Einstellung. Die Sozialdemokratische Partei ging im Reich mit bürgerlichen Parteien in Koalitionsverhältnis ein, nachdem im Winter 1918/19 ihr Zusammenarbeiten mit der USPD wegen der inneren Spaltung unmöglich geworden war. Während der eine Flügel dieser Partei mit unseren Genossen in einer Regierung lag, ging der andere darauf aus, diese Regierung gewalttätig zu stürzen und in Deutschland das russische Vorbild nachzuahmen. Daß unsere Partei sich diesem Versuch mit der größten Energie widersetzte, bleibt an der Sache des arbeitenden Volkes ein geschichtliches Verdienst, dessen Gesamtbedeutung die im unermesslichen Kampf begangenen Fehler überwiegt. Aber begreiflich bleibt trotzdem, daß die Unabhängigen diese Fehler größer sehen als die geschichtliche Gesamtbedeutung jenes Vorgangs, und daß darum die Koalitionspolitik auch heute noch — wo sie ihre Spitze längst nicht mehr gegen die USPD richtet — für sie mit gewissen feindlichen Vorstellungen belastet ist.

Um kein Mißverständnis entstehen zu lassen, sei gleich hinzugefügt: die Fehler jener Zeit sind im Grund auf den Umstand zurückzuführen, daß die sozialistischen Arbeitermassen damals nicht klar genug sahen, um die Bekämpfung einer pseudo-sozialistischen Politik als ihre eigene Aufgabe zu erkennen und durchzuführen. Daraus ist dann zwangsläufig das entstanden, worüber nach der Prophezeiung eines Leipziger Redners „niemals Gras wachsen wird“. Eine sehr unglückliche und sicher falsche Prophezeiung, denn eine Bewegung, der die Zukunft gehört, darf sich durch den Streit um Berganones nicht hemmen lassen!

Die gefühlsmäßige Abneigung der Unabhängigen gegen jede Koalitionspolitik erklärt sich aber auch noch aus anderen Umständen. Sie ist eng verknüpft mit alten Ueberlieferungen unserer Partei, die zwei Menschenalter lang in der Opposition gekämpft und sich stets als etwas ganz anderes betrachtet hat, denn als eine Partei unter vielen. Während die anderen, die bürgerlichen Parteien, ihre Ideale in der Vergangenheit suchten oder eine mut- und gedankenlose Politik des Stillstandes trieben, ist die Sozialdemokratische Partei Trägerin jenes Klassenkampfgedankens, der im Ringen der schaffenden Massen gegen die Kapitalherrschaft einen grundstürzenden Wandel der gesamten gesellschaftlichen Zustände erstrebt.

Daß eine solche Partei, durch die Macht geschichtlicher Verhältnisse gezwungen, Verbindungen mit bürgerlichen Parteien eingehen konnte, um sich mit ihnen in die politische Macht zu teilen, das war eine Tatsache, die nicht jedem ohne weiteres einleuchtete. Es bedarf eines ruhigen Urteils, einer gründlichen politischen Schulung, eines starken Ueberwiegens des Bestandes über das bloße Gefühl, um sich mit ihr abzufinden. Dürfen wir uns darüber wundern, daß diese Eigenschaften nicht bei allen in gleichem Maße vorhanden sind und daß bei einem Teile derer, die früher einmal unsere Parteigenossen waren und die es später wieder einmal sein werden, die Anpassung an die neuen Verhältnisse langsamer erfolgt?

In der „Freiheit“ hat sich kurz vor dem Parteitag Otto Bauer in Wien mit der Koalitionspolitik in einer Weise auseinandergesetzt, die keinem Ruhmestranz als marxistischer Denker kein neues Blatt hinzufügt. Er hat dort zu unterscheiden versucht zwischen einer „revolutionären“ Koalitionspolitik, wie sie die österreichischen Genossen trieben, als sie sich mit den christlichsozialen Schwarzgelben und Antifemiten



verbunden, und einer „opportunistischen“ Koalitionspolitik, wie sie andere Leute treiben sollen. Bemerkenswert am Ganzen bleibt nur das Eingeständnis, daß der grundsätzliche Widerspruch gegen jede Koalitionspolitik nicht aufrecht zu erhalten ist. Im übrigen kommt man mit solchen scholastischen Unterscheidungen keinen Schritt weiter.

Recht hat Otto Bauer nur in einem Punkt, in dem er nämlich auf die Gefahren eines sog. „Karrismus“ aufmerksam macht. Diesem Laster ist eine Partei dann verfallen, wenn ihre Politik statt von den Interessen des Volkes von dem Streben ihrer leitenden Personen nach Ministerposten bestimmt ist. Eine Partei, die an diesem Leiden laboriert, ist allerdings krank bis aufs Mark und bedarf einer gründlichen Kur an Haupt und Gliedern.

Diese Gefahr besteht für jede Partei, die an der Regierung beteiligt ist. Ist sie aber für unsere Partei akut? Ich kann diese Frage aus genauer Kenntnis der Dinge und mit dem besten Gewissen der Welt verneinen. Besagt worden ist sie kaum jemals von links her (auch Bauer deutet eine solche Behauptung nicht an), nur die Demagogie der Rechten geht mit dem Schlagwort von der „Futtertrippenwirtschaft“ haustieren.

In Wirklichkeit könnte man bei unserer Partei viel eher von einer überkommenen Scheu vor der Verantwortung und von einer nicht rostenden alten Liebe zur Oppositionsstellung sprechen, als von einem gierigen Drängen nach den Regierungssitzen. Die Gefahr ist also noch nicht da, aber daß sie einmal kommen könnte, wer will es leugnen?

Schützen vor ihr kann nur ein gesundes Parteileben, das auf eine scharf sachliche Einstellung unserer Politik hindrängt. Die Grenzen der Koalitionspolitik sind unter den gegenwärtigen Umständen aus rein tatsächlichen Gründen weit gezogen — leicht würde der Partei der Entschluß, die von den Arbeitern gegründete deutsche Republik der Obhut eines bürgerlichen Blocks zu überlassen, nicht fallen —, aber sie sind dennoch nicht endlos dehnbare. Schon im gegenwärtigen Kampf um die Steuerpolitik könnte es unter Umständen einen Augenblick geben, der die Richtigkeit dieser allgemeinen Bemerkung in einem dramatischen Einzelfalle bestätigt!

Man kann nicht unterscheiden zwischen „revolutionärer“ und „opportunistischer“ Koalitionspolitik. Mit ein bißchen Dialektik kann schließlich jeder beweisen, daß seine Koalitionspolitik die richtige, die revolutionäre ist. Aber zu unterscheiden ist zwischen einer Koalitionspolitik zu einem bestimmten sachlichen Zweck und einer Koalitionspolitik um jeden Preis. Zu dieser letzteren hat aber unsere Partei nicht die geringste Neigung.

Kämen die Unabhängigen zu uns, um darüber zu wachen, daß die Grenzen einer sachlich berechtigten Koalitionspolitik nicht überschritten werden, so wären sie ein willkommener Zuwachs. Daß sie es vorziehen, die Rolle des Wächters von außenher zu spielen, was naturgemäß zu einem gewissen parteiugewöhnlichen Uebereifer verleitet, ist zu bedauern. Aber das ist nur ein Uebergangsstadium, das überwunden werden wird.

## Zur Erfassung der Sachwerte.

Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Geheiß zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuern und des Reichsnotopfers ist nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Heranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats auch wenig mehr, und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Einhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt vonstatten, so daß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert. Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverchiebung abzufinden, und sie

## Eine Begegnung mit Hebbel.

Der Dichter Wilhelm v. Scholz erzählt in einem Vortrag, der in der Zeitschrift „Deutscher Pfeiler“ veröffentlicht wird, von einer bedeutsamen Begegnung mit Hebbel, die ein alter Münchener Vater aus der Schwindelzeit erlebte. Hebbel war nach München gekommen, um seinen Freund Dingelstedt zu besuchen und der Aufzählung seiner „Agnes Bernauer“ beizuwohnen. Durch Dingelstedt war der Vater mit dem Dichter bekanntgeworden, und unerwartet trat dieser plötzlich in seine Stube.

„Ich war erfreut und erstaunt“, erzählte der alte Vater, „als ich im Dunkel des Fiebers die große Gestalt des Dichters mit der mächtigen Stirne erkannte, und mag sehr verlegen gewesen sein. Meine Verlegenheit schwand aber bald, als er ein paar Worte gesprochen hatte. Während er in dem Künstlerkreise, in dem ich ihn kennengelernt hatte, sich unnahbar verschlossen und hoheitsvoll abseitig gezeigt hatte, war er jetzt harmlos natürlich, ja fast ein wenig unbeholfen im Gespräch, schwiag mehrmals lächelnd und sah sich dann in meinem Zimmer um. Er betrachtete alles, was an Bildern und Zeichnungen von mir herum hing, genau und schien bei mancher gezeichneten kleinen Szene in schaffendes Sinnen zu versinken. Ich glaube, daß er gar nicht darauf achtete, wie sie gezeichnet waren, daß er nur irgendwelchen dichterischen Sinn aus ihnen herauslas. Am Basler Museum hängt ein allegorisches Figurenbild von mir: Der Dreißigjährige Krieg; das hatte ich damals auf der Staffelei stehen. Es beschäftigte ihn am längsten. Im Vordergrund — unterhalb der Fürsten, Staatsmänner und Heerführergruppen, am Fuße der Stufen, die die Gestaltenversammlung tragen — sitzen zwei symbolische Wesen: die Pest und der Tod; und zwischen ihnen liegt ein schlummerndes Kind, die neue unschuldige Zukunft nach der Zeit der Greuel. Hebbel, dessen väterliches Familiengefühl ja bekannt ist, sah immer auf das Kind zwischen den Unholden. Mir war, als trat eine Träne in sein Auge; mochte ihm seine Kindheit und Inwand vor Augen stehen, mochte er an seine, von ihm so sehr geliebte kleine Tochter denken. Endlich sagte Hebbel: „Hier haben Sie das tragische Geseh der Welt dargestellt. Das schuldlose, schlummernde Kind wird groß. Es wächst hinein zwischen die längst schuldigen Väter, es wird im Umgange mit ihnen ebenso schuldig, es verliert selbst den Schimmer seiner reinen göttlichen Herkunft. Es steigt auf zwischen die Greuel, die Sie da gemalt haben, zwischen Pest und Tod, und in den Kreis verfallener, heimtückischer, unerbittlicher Wochmenschen, die hier vor den rauchenden Trümmern stehen. Ihr Bild erreicht mich deshalb so, weil es, damit diese Traodie zustandekommt, nicht erst eines dreißigjährigen Krieges bedarf.“ Dann wurde sein Wort abwendend, und es schien, als nähme er nun von dem kurzen Besuch so viel mit, daß er ihm nicht ganz unlohnend scheinen mochte. Er schrieb sich etwas auf und fragte mich, ob ich ebenfalls wieder in den Künstlerkreis kommen würde, wo wir uns durch Dingelstedt kennengelernt hatten.

„Viele Jahrzehnte lag diese Begegnung zurück.“ so erzählt B. v. Scholz weiter. „Aber der Vize erzählte mit dem Ton und der Gebärde der Nähe so, als ob sie gestern gewesen sein könnte. Und das war sie für ihn auch. Es gibt eine Stufe hohen Alters,

haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingeseht, der folgende Genossen angehören:

ADGB.: Wiffell, Larnow, Albrecht;  
USA-Bund: Aufhäuser, Urban;  
SPD.: Bernstein, Rahmann;  
USP.: Dr. Hilsberding, Dr. Herz.

Die Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Parteitag der USP. aufnehmen.

## Fehrenbach.

Konstantin Fehrenbach, der heute sein 70. Lebensjahr vollendet, gehört zu den Männern, deren Namen auch eine spätere Geschichtsschreibung unseres Zeitalters nicht übergehen wird. Präsident des letzten Reichstages im alten kaiserlichen Deutschland und Präsident der Verfassungsgebenden Nationalversammlung der jungen Republik, verkörpert er in seiner Person gleichsam den Uebergang zwischen beiden Systemen.

Das ist kein Zufall, sondern liegt in seiner Persönlichkeit und politischen Stellung begründet. Fehrenbach ist ein Repräsentant des süddeutschen Bürgertums, das selbst in den schlimmsten Zeiten des neudeutschen Byzantinismus nie zu solcher Servilität ausgeweiht war, wie seine von Heinrich Mann im „Untertanen“ porträtierten norddeutschen Klassenangehörigen, das aber andererseits durch die Behäbigkeit seines Daseins und sein damit verbundenes Ruhebedürfnis gehindert wurde, ein treibendes Element des Fortschritts zu werden.

Als badischer Zentrumsmann ist Fehrenbach beeinflusst von den demokratischen Ueberlieferungen der Bevölkerung, in deren Mitte er herangewachsen ist, freilich nicht in dem Maße wie sein Landsmann Wirth es ist, oder der Schwabe Erzberger es war. Er hat jedoch vor dem Krieg auf dem linken Flügel des Zentrums gestanden, und sein bekanntes rednerisches Hervortreten in der Zaberndebatte 1912 bedeutete einen der schärfsten Wendepunkte in der Politik der Zentrumspartei, die eben noch mit den Konservativen im Bündnis gestanden hatte, sich jetzt aber auf die Seite der Linken gegen Militarismus und Junkertum schlug. Als dann mit der Friedensresolution vom Juli 1917 der parlamentarische Mehrheitsblock von Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschritt, die spätere erste Regierungskoalition der Republik, feste Konturen gewann, wurde Fehrenbach als Exponent dieser Mehrheit nach dem Tode Kämpfers am 8. Juni 1918 zum Reichstagspräsidenten gewählt. Als solcher wie als Präsident der Nationalversammlung schuf er sich verdiente Anerkennung.

Die große Politik, in die ihn seine Reichskanzlerschaft brachte, war nicht Fehrenbachs ursprüngliches Element. Sein Wirken war von engeren Kreisen ausgegangen, er wurzelte in dem Boden seiner badischen Heimat. Am 11. Januar 1852 in Weßlingen, Amt Bonndorf in Baden, geboren, ließ sich Fehrenbach 1882 als Rechtsanwalt in Freiburg i. Br. nieder und wurde 1885 in die Zweite Badische Kammer gewählt. Dort hat sich mit einer längeren Unterbrechung jahrzehntelang seine politische Haupttätigkeit abgespielt, die ihn auf den Präsidentenstuhl der Zweiten Badischen Kammer führte. Erst 1901 wurde Fehrenbach Mitglied des Reichstags für den sechsten badischen Reichstagswahlkreis. Als Parlamentsredner trat Fehrenbach hervor durch die Stärke seines rednerischen Temperaments, eine geschickte Verbindung von sittlichem Pathos und Sentiment gab seinen Reden oft höchste Wirksamkeit. Der Reichstag schätzte ihn als einen ausgezeichneten Kollegen, der durch seine reichen Erfahrungen und seine starke Ehrlichkeit zu weiterer verdienstvoller Tätigkeit berufen ist.

wo alles Gemeine fast gleichzeitig wird, wo dem Großen fast ununterscheidbar belanglos ist, wie weit etwas zurückliegt. Dieser Schauer des Gemeinseins, der von dem alten Manne kam, ließ mich einen Augenblick wie haltlos zurückweichen und die Augen schließen. Da sprach er noch von dem Ende des kurzen Besuches, das ihm großen Eindruck gemacht hatte und in dem Hebbels gelegentliches Berserkertum hervortrat — wenn nicht, was der Erzähler offen ließ, Hebbel von seinem Freunde Dingelstedt eine gewisse ironische Art angenommen haben mochte, mit der er jüngere Bemünder freundlich vom besten hatte, indem er seine bekannten Eigenheiten übertrieb. Hebbel sprach davon, wie sein Töchterchen sich an einer Stublante eine Brause geschlagen hatte und sehr dann, auspringend, fort: „Sie begreifen doch, daß ich den Stuhl ergriff und in tausend Stücke zertrümmerte!“ Der Erzähler, der mir schon vorher eindrücklich und nachahmend die Gestalt und Gebärden Hebbels geschildert hatte, nahm bei diesen Worten, wie ein Schauspieler, eine ihm fremde, herrliche, zornige Haltung und einen großen, gebieterischen Gesichtsausdruck an. Seine Blicke funkelten. Ganz lebendig, das süßte ich, stand das Erinnerungsbild vor ihm, ja um ihn. Sein Auge, das in eine dämmerige Ecke des Zimmers, wie in die um vier oder fünf Jahrzehnte zurückliegende Zeit sah, riß die Vergangenheit herauf.“

Das „Rotwelsch der Ärzte. Die wissenschaftliche Ausdrucksweise der Mediziner gleicht einer Geheimsprache, die mit dem „Rotwelsch“ der „Fahrennden“ aus vergangener Zeit eine gewisse Ähnlichkeit hat. Verschieden bemühen sich manche Ärzte, diesen Urwald von Fremdwörtern ein wenig auszuräumen, und gewiß mag dieses Sprachreinemachensbestreben bei wissenschaftlichen Bezeichnungen und gelehrten Schwadronen nicht immer leicht sein. Es gibt aber auch entbehrliche Fremdwörter im ärztlichen Sprachgebrauch, und einige von diesen führt Prof. Friedrich Schulze in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ an. Da ist z. B. der so viel gebrauchte Patient. Da liegt man in den Krankengeschichten immer wieder dicht hintereinander: Patient war früher gesund, Patient liegt über Kopfweh usw. Nicht einmal der Artikel wird den Armen zugebilligt. Warum in aller Welt nicht: der Kranke und die Kranke? fragt Schulze und fährt fort: Auch das „Individuum“ könnte in rein ärztlichen Berichten allmählich zu Grabe getragen werden. Wozu: es handelt sich um ein trägiges „Individuum“ oder um ein langaufgeschossenes „Individuum“, anstatt um einen kräftigen Mann oder um eine kräftige Frau oder um einen langaufgeschossenen Knaben oder ein eben solches Mädchen. Außerdem hat die Bezeichnung „Individuum“ bekanntlich nicht selten einen unangenehmen Beigeschmack.“ Von der Bezeichnung „Ätiologisches Moment“ sagt der Verfasser: „Ein prächtig dahintrollendes Wortgebilde, etwa wie die „amotrophische Väteralkrose“, die sich übrigens schwerer ins Deutsche übertragen ließe als jenes, obwohl „Borberhornsteinstrangschwind“ auch ganz gut ist. Über warum für das „ätiologische Moment“ nicht einfach Ursache oder Veranlassung oder Veranlassung je nachdem? Dazu kommt, daß „Ätiologie“ doch die Lehre von der Ursache, nicht die Ursache selbst bedeutet.“ Ebenso liegt der wahrhaft fürchterlichen Bezeichnung „Propylaktiker“ eine Verwechslung zugrunde. Eigentlich sollte nur der mit dem Wort be-

## Nicolai — der Verfäger.

In die Auseinandersetzung, die hier mit dem Obersten Nicolai über sein Zensur- und Nachrichtensystem während des Weltkrieges gepflügt wurde, greift im Wulfschen Epitaphenblatt der deutsch-nationale ehemalige Kriegsberichterstatter Adolf Zimmermann ein. Es steht zuerst aus, als werde er Herrn Nicolai gegen den „Vorwärts“ in Schutz nehmen. Das war wohl auch die Absicht des Verfassers, als er zur Feder griff. Aber ganz unwillkürlich wird aus der Verteidigungsrede eine Anklageschrift gegen Nicolai. Herr Zimmermann gibt zwar im vorliegenden Falle Nicolai recht, beschwert sich aber dann um so bitterer über die „Engstirnigkeit“, mit der man im Großen Hauptquartier die Presse behandelt hat. Zimmermann sagt:

Dafür trägt nicht etwa General Quendorf, sondern Oberst Nicolai als dessen erster Berater auf diesem Sondergebiet die Verantwortung. Nicolai mag als Organisator der Spionage des Seine geleistet haben. Als Leiter des gesamten Presse-dienstes der Obersten Heeresleitung war er ein arger Verfäger... Zugegeben ist, daß einige entscheidende Fehler auf Ueberlieferung beruht haben. Hierzu gehört eine gewisse Abneigung gegen die Presse überhaupt, in deren möglicher Zurückdrängung und Unterdrückung gewisse Stellen eine Selbstverständlichkeit sahen... Nicolai freilich konnte nichts für diese Tradition, wenn er auch nichts unternahm, sie zu durchbrechen. Er ist auch nicht der Vater der — für die Presse äußerst schmeichelhaften — organisierten Verkoppelung des Spionage- und Presseendienstes beim Großen Generalstab in der Hand des Nachrichtenoffiziers... Dagegen ist in der Hauptsache gerade er belastet mit allem, was an besonderen Fehlern auf dem Gebiete des Pressewesens während des Krieges auch von militärischer Seite begangen worden ist.

Dieses Urteil eines sehr weit rechtsstehenden Deutschnationalen mag für Herrn Nicolai deprimierend sein. Es unterstreicht aber die Tatsache, daß sein System während des Krieges die Beurteilung der gesamten Presse ohne Unterschied der Richtung gefunden hat, wenn auch einige volksparteiische Herrschaften jetzt nicht mehr wahr haben wollen, was sie damals über Herrn Nicolai gesagt und gedacht haben.

## Begründung der Strafgeschnevelle.

In Hamburg erscheint neuerdings ein deutschösterreichisches Organ, die „Reichsflagge“. Eine Verbenummer des Wätschens, die in der Verammlung des Herrn Bergt verteilt wurde, enthielt folgende Anzeige:

Entwurf zu einer Demokratenhymne.

Gott erhalte Ebert, Wirt und Scheidemann

Erzberger hat — er schon erhalten!

Für eine würdige, dichterische Form und Erweiterung und für eine wahrhaft volkstümliche, also demokratische Melodie zahlen wir 500 M. (in deutscher Valuta = 12,50 M. in Goldwährung).

Deutsche Dichter, zeigt, was Ihr könnt!

Verlag „Die Reichsflagge“, Hamburg 36, Gärtnermarkt 40/43.

Wir nehmen an, daß es dem Herausgeber, einem sicheren Theodor Rumm, darum zu tun gewesen ist, die Notwendigkeit der geplanten Änderungen des Strafgesetzbuches, über die die Reichspresse so zeter, noch einmal kurz und schlagend zu begründen. Es ist ihm gelungen.

Der neugestigte Helfertich. In der gestrigen Sitzung der Vereinigten Steuerämter wünschte der deutschnationale Abgeordnete Helfertich von der Regierung die Instruktionen zu erlangen, die Dr. Rathenau und die Delegation von der Regierung mitbekommen haben. Reichsfinanzminister Dr. Frenke erwiderte, daß sei aus innerer wie aus auherpolitischer Gründen unmöglich.

Die oberösterreichische Grenzkommission hat ihre Tätigkeit beendet. Die Uebernahme der Gebiete wird jedoch erst nach Vereinbarung der politisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen erfolgen. Einzelne Punkte, über die die Anweisungen des Vorkriegserrates Zweifel zuließen, können immerhin noch eine Änderung oder Berichtigung erfahren.

zeichnet werden, der verhütet und versorgt. Es wird aber der Schwindlungsverdächtige oder der mit der Anlage zur Schwindlung befaßte oder auch der schon Beichttrank, also der, der geschäftigt werden soll, als „Propylaktiker“ bezeichnet. Da könnte man doch ruhig die „Gefährdeten“ oder „Veranlagten“ zum richtigen Propylaktiker, dem Arzt, senden.

Der Kampf gegen die Schundliteratur in Berlin und das Ausland. Die große Schundbücher-Verbrennung in Neutölln hat nicht nur viel Rauch, sondern auch viel Staub aufgewirbelt. In einigen Wätern wurde sogar die Verschwendung getadelt, die schlummer sei, als der moralische Gewinn. Da ist es vielleicht von Interesse, zu sehen, wie dieser Akt im Ausland wirkt. Die bekannte, nicht gerade deutschfreundliche Mailänder Zeitung „Corriere de la Sera“ gibt eine illustrierte große vielseltige Beilage heraus, deren erste diesjährige Nummer ein ganzseitiges, farbiges Titelbild aufweist. In großen Farben ist ein riesiger Buchstabenhaufen dargestellt, abgeperrt von vier Soldaten in phantastischer Uniform und umringt von einer großen Schar von Schulkindern samt Lehrern. Neben dem qualmenden Brand stehen drei als Stadträte gedachte Herren: der eine mit einem Regenschirm in der Hand, lüftet grüßend zum Feuer hin den Hut. Es ist durchaus kein Meisterwerk, das der Zeichner A. Bellame da geliefert hat — etwa im Stil der Illustrationen eben solcher Schundbücher. Aber man sieht doch, welchen Eindruck diese symbolische Handlung in Italien gemacht hat; und man kann sich vorstellen, wie überall in Italien und Tirol diese weitverbreitete Zeitung Kunde von diesem Geschehen bringt. Der erläuternde Text mit dem sensationellen Titel: „Ein Berg von gefährlichen Büchern“ lautet: „Der Magistral von Neutölln (Berlin) hat einen energischen Kampf gegen die Schundliteratur begonnen, die unter den Schülern zirkuliert. In einer einzigen Woche sind 40 000 Bände aus dem Tempelhofer Felde verbrannt worden.“ Hierbei zeigt der italienische Text „al campo di Tempelhofer“, daß der Uebersetzer offenbar meint, es gäbe einen Herrn Tempelhofer (wie Andreas Hofer), nach dem der Scheiterhaufenplatz genannt ist. Dr. A. G.

Ueberwinternde Störche. Auf dem alten Turm des Schlosses Dürwanogen bei Dinkelsbühl in Bayern nisten Störche seit undenklichen Zeiten. Im Jahre 1914 blies, so lesen wir in den „Mitteilungen über die Vogelwelt“, zum erstenmal der Storchenvater über den Winter dort, während die Mutter und die Jungen im Herbst abgezogen. Seit 1918 bleibt auch die Storchennutter im Winter dort. Das Paar ist in Frost und Schnee in seinem Horst. Bei starker Kälte drücken sich die beiden tief in das Nest. Nahrung haben sie in den naheliegenden Wäldern, die niemals ganz zufrieren, vielleicht infolge der Verbundenheit warmer Quellen. Man versuchte den Störchen Futter anzubieten, aber sie nahmen nichts an. Im Frühjahr, wenn die anderen Störche zurückkamen, verabschiedeten die bei ihr Nest sehr zah gegen alle Anfechtungen, unter denen gewiß auch ihre eigenen Nachkommen sich befanden.

Zu Fuß in 4 1/2 Stunden durch 7 deutsche Staaten. Man kann zu Fuß in 4 Stunden 35 Minuten durch drei ehemalige Fürstentümer, zwei frühere Herzogtümer und zwei ehemalige Königreiche kommen. Von Steinbach (Bayern) gelangt man in einer halben Stunde nach Lichtentanne (Sachsen-Meinigen), von hier in anderthalb Stunden nach Raufengesees (Rheinl.), dann in fünf Minuten



Ohne Hemd und Strümpfe!

Das mitfühlende bürgerliche Herz und das Glendfest der Armiselen.

Vor einiger Zeit brachte der Berliner Lokal-Anzeiger unter fälschlichem Behagen einen Stimmungsartikel mit der fälschlichen Überschrift "Pennerball".

Wir sind der Sache nachgegangen. Sie hat sich natürlich wesentlich anders zugetragen. Nur ein kleiner Teil von Obdachlosen kam auf die "unerhörte" Idee, auch einmal ein paar Stunden lang "leben" zu wollen.

Im Bade.

Eine Mäse natter, schmieriger Menschenleiber drängt sich vor dem Fußbad mit warmem Wasser gefüllten Bassin und unter den Brausen. Die Kleider... nicht doch... die Lampen sind gehändelt in die "Brenne" gewandert, um sie wieder einmal - wie oft schon? - zu entlaufen.

mal eine eigene Bleibe hat und sich begraben lassen kann! Nicht für eine Weilschlafstube reicht es, wenn auch der knurrende Magen kein Recht verlangt.

Beim Asyrlarz.

Wer gar nicht mehr weitertippen kann oder sonstwie sich ernstlich krank fühlt, meldet sich zur Sprechstunde des Asyrlarzes. Stumpf vor sich hinstarrend, wie gestiesamweisend, oder stöhnend vor Schmerzen lauern sie auf dem Korridor, bis die Tür des Arztlzimmers sich öffnet.

Das ist der "Pennerball" von der Rehrseite. Da habt ihr einen Griff nicht in den schmalen Beutel der Stadt Berlin, sondern in ein der traurigsten Menschenkapitel. Wollt ihr die Obdachlosen verböhen, so unterhaltet erst einmal, wer und was diese Menschenkindale verschuldet hat.

Ein Ballettkorps auf der Anklagebank.

Schon wieder ein neuer Sittlichkeitsprozeß. Diesmal sind es die Tänze der schönen Celly de Rhenndt und ihrer Schölerinnen, die es einigen Eiferern angetan und ihnen nicht eher Ruhe gelassen haben, als bis sie ihr Ziel, den Prozeß, erreicht hatten.

Die von Staatsanwaltschaftsrat Höer vertretene Anklage lautet auf Erregung öffentlichen Aergernisses, Verbreitung unzüchtiger Abbildungen usw. dym. Anklage hierzu und richtet sich gegen folgende Personen: die Tänzerin Frau Cäcilie Seweloh geb. Frant, genannt "Celly de Rhenndt", die Tänzerinnen Gralle, Schulz, Hants und Wittenbecher, den Theaterunternehmer Oberleutnant a. D. Alfred Seweloh, den Kabarettredirektor Heinz Fuh, die Inhaberin eines photographischen Ateliers Frau Margarete Willinger, den Photographen Alois Klar, den Kaufmann Hans Reumann, den Kaufmann Friz Pelerberg, den Photographen Guido Seeber, den Kaufmann Paul Gottschell, die 17jährige beruflose Helene Plasszewski, den Weinhandler Jach und den Wächter Wilhelm Barth.

das Verfahren gegen diese beiden Angeklagten abzutrennen. Der Sitzungssaal macht einen eigenartigen Eindruck. Vor dem Richterlich ist ein großer Filmvorführungsapparat aufgestellt, an der gegenüberliegenden Wand steht ein großer Projektionsschirm.

Zu Beginn der Verhandlung entstehen längere Erörterungen, da von Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff als Verteidiger der Angeklagten Seweloh der Antrag gestellt wird, im Rahmen einer geschlossenen Privatvorstellung das Celly-de-Rhenndt-Ballett dem Gerichtshof vorzuführen.

Nach einer kurzen Vernehmung der Angeklagten zur Person und zur Sache sollen die Filme in dem verdunkelten Saal vorgeführt werden. Vorher stellt Staatsanwaltschaftsrat Höer den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, da bei der Vorführung der Filme gewisse Erörterungen notwendig würden, welche geeignet seien, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen.

Es wurden nunmehr die Filme "Walzer", "Frühlingsstänze", "Opiumrausch" und "Die Komme" vorgeführt. In der Beweisaufnahme beantragte Rechtsanwalt Grünspach die Ladung des früheren Kultusministers Konrad Haenisch, des Staatskommissars Geheimrat Dr. Weismann und des Oberbürgermeisters v. Glaserapp, welche mehrere Male das Ballett, das jetzt in der "Rakete" allabendlich wieder vorgeführt würde, gesehen haben.

In der Verhandlung kam dann noch zur Sprache, daß der Film von der Heimlich-Gesellschaft an eine Weindiele am Kurfürstendamm verkauft worden war, die ihn allabendlich durch einen Nachwächler, der nebenbei Kinooperateur war, ihren Gästen vorführen ließ.

"Sportverlag Form und Klasse".

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten Inhaber des vertriehenen Wettkongerns, des ehemaligen Kellners Heinrich Sundorf, dem R. M. Dr. Julius Meyer als Verteidiger zur Seite steht. Der Beschuldigte ist nicht nur wegen Betruges, unlauteren Wettbewerbs und gewerbenmäßigen Glücksspiels, sondern auch wegen Konkursverbrechens angeklagt.

Die Geschäfte gingen recht flott, besonders nachdem eine Reihe von Agenten in Sachen für das Unternehmen wirkten. Die Umsatzung war ungefähr dieselbe wie bei anderen Konzernen: den Kunden wurde die Verdoppelung ihrer Einlagen nach zwei Monaten versprochen, "Verluste ausgeglichen". Der Angeklagte war aber genötigt, Anfang September seine Zahlungen einzustellen. Eingezahlt waren 12 Millionen Mark, die Unterbilanz betrug 9 Millionen Mark. Wo diese Summe geblieben ist, ist nicht aufzuklären gewesen.

o) Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

"Was sagte der alte Herr Hilsö?" "Das wird Sie kaum interessieren, Frau Hjarmer." "Jeht war sie es, die mit Bitterkeit an die alten Tage erinnerte." "Wir waren doch einst Freunde!" sagte sie und sah zur Seite, während die feine Stirnsalte über der Nasenwurzel sichtbar wurde.

denn als ich die Gitterpforte öffnete, rief er mich in den Garten zurück, zog seine Brieftasche hervor und gab mir fünf Hundertkronenscheine. Dafür sollte ich mich equipieren - und was die Kaution anbelange, so könne ich dem Fabrikanten ja sagen, daß mein Onkel tot sei.

Frau Helwig hatte sich ihm in tiefem Mitgefühl genähert. Jeht sagte sie, wie das Herz es ihr eingab, ohne sich Zeit zu lassen, die Worte zu wägen:

"Und dann kamen Sie zu mir?" "Wieder sah er höstig zu ihr auf; und diesmal trafen sich ihre Blicke."

"Ja, Frau Hjarmer!" sagte er. "Denn Ihnen galt mein zweites Anliegen."

"Wenn ich nun nicht allein gewesen wäre?" "Ich wäre nicht fortgereist, bevor ich Sie gesprochen hätte."

Es war etwas in seiner Stimme, das sie von neuem zur Abwehr zwang.

"Sie müssen wissen, Frau Hjarmer," fügte er hinzu, und seine Stimme bebte so stark, daß auch sie zu zittern begann, "daß nichts in all diesen Jahren mich so gequält hat wie die Ungewißheit über Sie."

"Welche Ungewißheit?" fragte sie leise.

"Ich meinte, daß Sie mir gehörten - seit jener elnen hellen Nacht!" Er stüßerte es fast. "Und als ich hörte, daß Sie verheiratet seien, da dachte ich: das ist deine Schuld; du hättest deiner ersten Eingebung folgen sollen; jeht büßt so wohl sie wie du dafür, daß du deinem Instinkt nicht gehorcht hast; du hättest sie den letzten Abend nehmen sollen, anstatt sie zu fragen - wie ein Mann die Frau in seine Arme nimmt, die sein ist."

Frau Helwig kämpfte nicht mehr, ihre Bewegung zu verbergen. Seine Worte hatten sie überrumpelt, sie beugte sich vor und fragte fast atemlos:

"Und jeht - was wollen Sie jeht?" "Werner richtete sich auf, trat ganz dicht an sie heran und nahm ihre Augen mit seinem langen, festen Blick gefangen."

"Ich wollte wissen, ob Frau Hjarmer glücklich sei - oder ob Helwig Hilsöfiedt wie in alten Tagen mir gehörte."

Frau Helwig verbarg die dunkle Blut in ihren Augen unter den halbgeschlossenen Lidern, indem sie ihren Kopf zurückbog und verächtlich verbißte, ihre Stimme zu Hilsö

und Ruhe zu zwingen. "Und wenn ich nun - wenn Frau Hjarmer nun nicht glücklich gewesen wäre?"

Werner neigte sein Gesicht dem ihren zu - so dicht, daß sie seinen warmen Atem auf ihrer Stirn fühlte, als er antwortete:

"Dann hätte ich Helwig Hilsöfiedt mit mir in die große, freie Welt hinausgenommen!"

7. Fräulein Sindal kam schnell aus dem Ehzimmer. Als sie den Fremden sah, blieb sie mit einem Ausruf stehen und starrte ihn überrascht an.

Frau Helwig und Werner fuhren auseinander, und ihre Hände suchten sich eine höstige Beschäftigung an der Stickerel auf der Tischdecke.

"Ich bitte um Entschuldigung!" Fräulein Sindal machte Miene, sich zurückzuziehen; ihre großen blauen Augen aber konnten sich nicht losreißen.

Frau Helwig wurde rasch Herr ihrer Bewegung. "Bitte, Fräulein Sindal," sagte sie, "bleiben Sie nur!"

Während das junge Mädchen sich dem Tisch näherte, stellte Frau Helwig vor: "Ingenieur Hilsö - Fräulein Sindal!"

Werner machte eine kurze Verbeugung, ohne das junge Mädchen anzusehen, das sich noch nicht von seinem Erstaunen erholt hatte.

Frau Hjarmer nahm die Stickerel in die Hand und begann sie sorgfältig zusammenzufalten.

"Herr Hilsö ist ein alter Freund von mir," sagte sie ruhig. "Er ist hier auf der Durchreise. Wir haben seinerzeit im Pensionat viel zusammen musiziert. Wollten Sie etwas von mir, Fräulein Sindal?"

Das junge Mädchen strich die aschblonde Locke von den Augen zurück.

"Ellen wirft sich so unruhig im Schlaf hin und her und hat solche heiße Stirn. Ich fürchte, sie hat Fieber, Frau Hjarmer!"

Frau Helwig sah höstig auf. "Ich sehe mit nach oben!" sagte sie und legte die Stickerel in den Nähtisch.

Dann wandte sie sich zu Werner, der aus ihrem Blick und ihrer Haltung verstand, daß er jeht gehen müsse. Er richtete sich auf, ging einen Schritt auf sie zu und streckte ihr seine Hand entgegen.

(Fortsetzung folgt.)



Verurteilte Autopiraten.

Durch den Notruf „Ueberfall“ war die Festnahme zweier gefährlicher Raubgefallen gelungen, gegen die das Schwurgericht des Landgerichts II. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Walter zu verhandeln hatte.

Am 10. September v. J. spät abends wurde der Kraftfahrzeugführer Salkowski an der Ecke der Potsdamer und Sieglitzer Straße von den beiden Angeklagten zu einer Fahrt nach Zehlendorf angehalten.

Frau Hafenzahl aus der Haft entlassen.

In der Strafkammer gegen Tiede und Genossen ist gestern auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. Siegfried Löwenstein und Dr. Grünberg die der Teilnahme an der Ermordung ihres Ehemannes beschuldigte Frau Hafenzahl vom Untersuchungsrichter mit Zustimmung des Staatsanwalts ohne Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen worden.

Tiede selbst befindet sich übrigens nach wie vor, die Tat mit Lieberlegung begangen zu haben; er behauptet noch jetzt, von Hafenzahl angegriffen worden zu sein und in der Aufregung einen Revolver auf ihn gerichtet zu haben, der dann im Handgemenge sich entladen und den Hafenzahl tot niedergestreckt habe.

Kartoffelkauf genehmigungspflichtig.

Neben Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger entscheidet der Oberpräsident, in den Regierungsbezirken Kassel, Wiesbaden, Saarlautern und Sigmaringen der Regierungspräsident des Bezirks, in denen der Ankauf der Kartoffeln erfolgen soll.

Die Sorge um die Säuglingsernährung.

Der Waqt hat abermals einen größeren Betrag, diesmal 1 1/2 Millionen Mark, für die Milchverbilligung bis Ende März d. J. bewilligt und gleichzeitig den täglichen Zubehuf für Säuglinge um von 80 auf 80 Pf., bezw. von 45 Pf. auf 1,20 M. erhöht.

Die Einkommensteuer für Hausangestellte.

Die Zufassung der Einkommensteuerentscheide für das Rechnungsjahr 1920 hat in den Kreisen der Hausangestellten von Groß-Berlin große Beunruhigung hervorgerufen. Nach dem berechneten Steuerfuß sollen die Hausangestellten durchschnittlich ein volles Monatsgehalt in bar an die Steuerkassen zahlen.

Der Minister hat die Erklärung abgegeben, daß für die Hausangestellten 10 Proz. vom Barlohn als Steuerfuß angenommen werden solle, im übrigen die Sachbezüge als steuerfreies Einkommen zu bewerten seien. Damals stattgefundenen Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Körperschaften geführt wurden, setzten als Wertmessung die Sachbezüge auf monatlich 150 M. fest.

Angeklagte Missetaten bei der Potsdamer Volksbahn. Zu der dieser Tage veröffentlichten Notiz wird uns mitgeteilt, daß die erhobenen Vorwürfe der Begründung bedürfen. Maskenbälle sind nie veranstaltet worden. Eine Geldstrafe wurde eingebracht, weil sie sich — der Verein war auf 5000 Mitglieder gewachsen — als dringende Notwendigkeit erwies.

Die Leiche des Studienrates Bathauer aus Buchholz wurde gestern nachmittags von dem Gerichtsarzt Geheimrat Medizinalrat Hoffmann im Leichenhause obduziert. Der Tod des Mannes ist durch die wichtigsten Verletzungen auf den Kopf, durch die der Schädel zertrümmert und das Gehirn bloßgelegt worden vor. erfolgt.

Unsere Jugendweihen finden am Sonntag, den 10. März, vorm. 11 Uhr, in Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Berlin (Vereinsvereine) und Konstanzen (Friedrichshagen) statt, ferner am Sonntag, den 20. März, für die westlichen Vororte in Steglitz-Friedenau. Anmeldungen unter gleichzeitiger Zahlung der Einschreibgebühr von 3 M. (wofür die Kinder zur Erinnerung an Buch erhalten) können bis zum 15. Januar für Berlin im Jugendsekretariat, SW, Lindenstr. 8, 2. Hof, 3 Treppen, Zimmer 11 (geöffnet von 9-4 Uhr, Mittwochs und Freitags von 9-7 Uhr), bei S. Hag, 50 St. Pariser Str. 117, bei S. Joseph, NW 21, Wilhelmshöfener Str. 48 (R. J. -Laden), bei A. J. J. N. 65, Müller, Ecke Triftstr. 48 (R. J. -Laden), bei Walter Müdiger, N 58, Lybener Str. 127, Gartenhaus 3 Tr., für Charlottenburg bei A. Will, Schillerstr. 40, bei K. Schmidt, Rosinenstr. 4 (Zigarettenladen), bei E. Tost, Helmholzstr. 11, für Lichtenberg bei M. Baranowski, Niederbarnimstr. 6, bei E. Arndt, Standinawische Str. 2, für Neukölln bei A. Wendler, Jägerstr. 66 (Parcibureau), erledigt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Lebenskunde-Unterricht Anfangs Januar beginnt.

Verbilligung von Milch. Infolge der Einschränkung der Herstellung von Kunstmilch will das sächsische Milchamt vom 16. d. M. ab in Groß-Berlin den Preis für Milch im freien Verkehr von 6,20 M. auf 6 M. herabsetzen.

Finanzgericht Groß-Berlin. Dem Landesfinanzamt Groß-Berlin wird am 1. Februar ein Finanzgericht angegliedert. Es werden zehn Kammern in Berlin errichtet. Im ganzen werden 180 Mitglieder und Vertreter ehrenamtlich gewählt. Es wählt die Stadtverordnetenversammlung 90 Mitglieder und Vertreter, die Handelskammer 27, Handwerkskammer 27, die Landwirtschaftskammer 4, die Anwaltskammer 2, die Kammer für die Wirtschaftskammer 1, die Bezirksarbeiterräte 27. Sie werden zum ersten Male für die Zeit vom 1. Februar 1922 bis 31. Januar 1923 gewählt.

Nachbarhaftung der Truppenübungsplätze. Das Reichswehrministerium hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium eine Bestimmung an die Kommandanturen der Truppenübungsplätze erlassen, durch die eine größere Raubarmut der Truppenübungsplätze herbeigeführt werden soll. Durch diese Bestimmung wird die Bewirtschaftung der auf den Truppenübungsplätzen befindlichen großen Waldbestände und brach liegenden Geländeteile geregelt. Diese sollen in Zukunft mit Gras bepflanzt werden, um auf diese Weise in Zeiten, wo die Plätze von Truppen nicht belegt sind, als Viehweiden und dergl. benutzt werden zu können. Die Aberntung der Heubestände im Sommer kann auch auf dem Wege der Verpachtung erfolgen.

Weihnachtsgeschenke japanischer Schülerinnen an Berliner Schulkinder. Schülerinnen der Aristischen Glaubensschule Seihōgakuin in Tokio haben eine Weihnachtsgeschenke von 32 000 M. an das Mitglied der hiesigen Japanischen Volkshilfe, Herrn Hauptmann Oshima, gesandt, damit bedürftigen Berliner Schulkindern eine Weihnachtsgeschenke bereitet werde. Durch den Kaiserlich japanischen Konsul, Herrn Schininger, ist diese Summe Herrn Varrer Rboos, Charlottenburg zur Verteilung überwiesen worden. Es sind aus dieser Summe mit Verteilungsgeldern bedacht worden Kinder aus dem Schappel- und Kinderheim des Paul-Gerhardt-Hauses, aus den Schulen der Marous, Melanchthons, Luise, Gustav-Adolf, Philippus, Apostel, Stephanusgemeinde und Steglitz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 11. Januar:

- 1. 10. 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Ohngemach, Kommandantenstr. 22.
2. 10. 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße 26.
3. 10. 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße 26.
4. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
5. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
6. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
7. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
8. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
9. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
10. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.

Morgen, Donnerstag, den 12. Januar:

- Zentralrat der Arbeiterjugend der SPD-Unterabteilung Groß-Berlin. 8 1/2 Uhr wichtige Sitzung. Jeder Preis muß vorzulegen sein.
11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Die Flugblätter zur Werbemode werden von nachm. 3 Uhr ab beim Genossen W. H. Martin-Luther-Str. an die Abteilungen ausgegeben.
12. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
13. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
14. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
15. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.

Jugendveranstaltungen.

- Bezirk Arbeiterjugend. Sekretariat: SW 21, Lindenstr. 3, 2. Hof 11a.
3 Treppen rechts. Telefon: Npl. 121 08-10.
Heute, Mittwoch, den 11. Januar:
Vorbereitung: Jugendheim Gemeindekirche Dohmsstraße, Vortrag: Die alten Griechen.
12. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
13. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
14. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
15. 10. 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber unbeständig und, besonders im Nordosten, noch geringe Regenfälle bei mäßigen westlichen Winden.

Aufgaben kommunaler Arbeit.

Ein Taschenbuch für Kommunalpolitiker.

Die Staatsumwälzung hat auch in die Gemeindeverwaltung frischer Luft hineingeführt. Mit der Beseitigung des Klassenwahlrechts hat die wertvolle Bevölkerung eine Steigerung ihres Einflusses erreicht. Das schafft ihr die Möglichkeit, an die Lösung der nächstliegenden Aufgaben sozialistischer Kommunalpolitik heranzugehen.

Durch die Reihen der Arbeitervertreter in den Gemeindeverwaltung geht der lebhafteste Wunsch nach gründlicherer Belehrung über die Fragen der Kommunalpolitik, nach tieferer Erfassung kommunalpolitischer Probleme. Diesem Bedürfnis kommt das Taschenbuch für Kommunalpolitiker entgegen, das im Einvernehmen mit dem Vorstand der SPD. von dem Redakteur der „Kommunalen Praxis“ Victor Rood herausgegeben und im Verlag der Buchhandlung Bornhörs (Preis 18 M.) erschienen ist.

Aus der Fülle des Inhalts sei hier nur einiges hervorgehoben. Paul Hirsch (Berlin), der anerkannte Kommunalpolitiker, zeigt in einer einleitenden Betrachtung über Staat und Gemeinde die Notwendigkeit, die Gemeindeverwaltung im demokratischen Sinne umzugestalten. Max und Reta Quard-Hammer (Frankfurt a. M.) schildern den Kampf der Frau um das Recht der Mitarbeit in der Kommune, in der sie auch Anspruch auf die ihr immer noch fast ganz verschlossenen leitenden und verwaltenden Stellen erhebt.

Die Lösung der Wohnungsfrage ist eine der dringlichsten Aufgaben der Gemeinde, wird in vier Aufsätzen behandelt. Victor Rood, der Herausgeber, entwirft ein erschütterndes Bild des durch den Wohnungsmangel mahllos gestiegenen Wohnungselends, des nach Abhilfe schreit. Wie weit sie bisher durch die Wohnungsgesetzgebung verlagert worden ist, zeigt Hans Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Andere Wege der Abhilfe weist H. Ellinger (Hamburg) in seinem Aufsatz „Bauwirtschaft“. Er fordert im Sinne der vom KPD und IFA aufgestellten Richtlinien eine gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens, eine gemeinwirtschaftliche Regelung auch der Lauffähigkeit und eine Sozialisierung der Baubetriebe. Prof. Dr. Ina. Herm. Janßen (Berlin) erörtert die Aufgaben des Städtebauers, der durch richtige Siedlungsanlage dafür zu sorgen hat, daß bei der Befriedigung des Wohnungsbedarfs auch die Gesundheit der Bewohner gesichert und die Schönheit des Stadtbildes nicht vernachlässigt wird. In engem Zusammenhang mit der Wohnungsfrage steht die Verkehrsfrage. Ein Aufsatz von Hans Baumann, Bauart im Reichsarbeitsministerium, betont, daß die Bestimmungsgewalt über beide an einer Stelle zusammenlaufen muß. Doch er dabei für den Betrieb kommunaler Verkehrsunternehmen die Verpachtung an private Gesellschaften und das sogenannte gemischtwirtschaftliche Unternehmen als zweckmäßig empfiehlt, wird Verwunderung erregen. Für die Werbetriebe der Gemeinde fordert Stadtbaurat Horten (Berlin) unter ausdrücklicher Ablehnung des gemischtwirtschaftlichen Systems eine technisch und wirtschaftlich möglichst rationelle Betriebsform, statt der bürokratischen Vermählung eine mit weitgehender Bewegungsfreiheit ausgestattete „Gesellschaft“, deren Kapital aber im Alleinbesitz der Gemeinde bleibt. Angestellte und Arbeiter sollen zu praktischer verantwortlicher Mitarbeit an der Leitung der Werke herangezogen werden. Direktor Dr. Ing. Wiese (Ludwigshafen) schildert die Betriebstechnik von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Eine sehr beachtenswerte längere Abhandlung von Bürgermeister Dr. Weich (Ludwigshafen) über Lebensmittelwirtschaft zieht aus den Erfahrungen des Krieges die Lehre, daß aktive Maßnahmen der Gemeinden auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung durchaus erfolgreich sein können. Das Verhältnis der Gemeinden als Arbeitgeber zu ihren Arbeitnehmern wird in zwei Aufsätzen behandelt, von Heinz Hornbostel (Berlin) in einer Uebersicht über die Arbeiterverbände der Kommunen und die verschiedenen Organisationen der noch sehr gespaltenen kommunalen Arbeitnehmerschaft, von dem Untab-Geschäftsführer Architekt Heinz Kaufmann (Berlin) in einer Darlegung der Forderungen zur kommunalen Tarif- und Beförderungspolitik, deren Ziel die auch den Gemeinden naheliegende Hebung der Arbeitsprodukt sein müsse. Auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens ist vor allem die wichtige Aufgabe der Volksschulreform zu lösen. Bürgerlichschulpräsident Koch (Hamburg) setzt den Weg zu dem Ziel, in enger Zusammenarbeit mit den Eltern und der Lehrerschaft die Volksschule in eine erzieherische Arbeitsgemeinschaft umzugestalten. Prof. Dr. Reichenhainer (München) erörtert, was den Fach- und Fortbildungsausschüssen zu ihrem vollen Erlöse fehlt. Privatdozent Dr. Herm. Heller (Leipzig) fordert Unterstützung des Volkshochschulwesens. Dr. Meerfeld (Köln), M. d. R., mahnt den Gemeinden auch die Kunstpflege zu Pflicht. Im Volkshochschul- und Fortbildungswesen, in der Hilfe für arme und Kinder will Prof. Stumter (Frankfurt a. M.) neben der Gemeinverbände die private Initiative nicht missen. Dr. Otto Wolff (Berlin) betont in seinem Aufsatz über Gesundheitspflege die Wichtigkeit der vornehmenden sozialhygienischen Maßnahmen. Den Schluß des Buches bildet ein Bericht von Direktor Dr. Kuczanski (Schöneberg) über die statistischen Vermerke.

Bei aller Gedrängtheit der Darstellung ist die Lebendigkeit der Stoffe zu ersehen, daß sich meist ein ziemlich vollständiges Bild des betreffenden Arbeitsgebietes ergibt. Die Aufsätze zeichnen sich durch ein reiches Faktenmaterial aus, das mit größter Sorgfalt und mit der oft beklagten Schwerfälligkeit sachmännlicher Abhandlungen versehen ist.

Interessante für Rentner. Die Vorarbeiten für die Aufstellung der Unterführung an Rentenempfänger der Invaliden- und Altersrentenversicherung gemäß dem Gesetz vom 7. Dezember v. J. sind im vollen Gange. Die Stellen, die die Anträge auf Rentenunterstützung entgegennehmen, werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Vorberichtigte Anträge sind zwecklos.











# Parteitag des Abwartens.

V. Sch. Leipzig, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Es wird wohl niemand in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Erwartung gehegt haben, daß der Leipziger Parteitag der Unabhängigen das erkösende Wort aussprechen würde. Das wäre vielleicht möglich gewesen, wenn dieser Parteitag z. B. in der Zeit unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers zusammengetreten wäre, etwa zwischen Griesbach und Börsig. Inzwischen hat aber das Hagelgewitter der Schlagworte manche feimende Frucht zerstört, und es entstand sogar die Befürchtung, daß Leipzig der deutschen Arbeiterklasse anstatt der Erleuchtung ganz im Gegenteil für absehbare Zeit die Zerstörung aller Einigungshoffnungen bringen würde. Freilich war die Rede von Luise Fiech und Kurt Rosenfeld keineswegs erfreulich. Gewiß sind auch die Teile des allgemeinen politischen Referats Dismanns, die sich auf die SPD. und ihre Koalitionspolitik beziehen, in höchstem Maße einseitig und ungerecht, aber — und das muß wohl hervorgehoben werden — auch Dismann ließ offensichtlich alle Türen offen, nur nicht nach der kommunistischen Seite. Die Reaktion, die selbstverständlich die Einigung fürchtet und sie mit allen Mitteln zu hintertreiben sucht, wird voraussichtlich in nächster Zeit damit treiben gehen, daß die U.S.P. sich in Leipzig erneut zur Diktatur des Proletariats bekannnt hat. Wir aber wollen die Dinge sehen, wie sie in Wirklichkeit sind. Das Bekenntnis zur Diktatur ist im Munde der allermeisten unabhängigen Führer ungefähr ebenso viel als wenn ein überzeugter Atheist einmal die Worte „Gott sei Dank“ ausspricht. Es ist nicht leicht und für die U.S.P. gegenüber der kommunistischen Konkurrenz ganz besonders schwer, die Geister loszuwerden, die man zwei volle Jahre lang gezüchtet hat. Und ebenso schwierig ist es, gewisse „Nebel“ zu empfehlen, deren Notwendigkeit man in diesen Jahren hartnäckig abgelehnt hat. Daher ist im Referat Dismanns eine entscheidende definitive Ablehnung der Koalition zum Ausdruck gekommen. Aber auch hier waren die Türen offen gelassen, indem Dismann ausführte, der Parteitag sei nicht dazu berufen, eine prinzipielle Entscheidung über das Problem der Koalitionspolitik zu fällen und eine kategorische Ablehnung für alle Situationen und Zeiten auszusprechen.

Zur Beurteilung der Stimmung der Delegierten ist man auf dieses oder jenes Symptom angewiesen. Ist es nicht z. B. bemerkenswert, daß der Berliner Delegierte und „Freiheits“-Redakteur Stöfzinger, ohne auf Widerspruch zu stoßen, aussprechen konnte, daß das ewige Gegeneinanderauspielen von „Reformismus“ und „Revolution“ auf die Arbeitermassen erbitternd und daher allgemein schädigend wirke? Die Betonung, daß die Einigung aller Sozialisten die vornehmste Aufgabe der Gegenwart sei, fand bei einem nicht geringen Teil des Parteitages Beifall. Viel weiter ging in der Nachmittags-Sitzung der Solinger Reichstagsabgeordnete Merkel, der freimütig auf die Vorteile der Koalitionspolitik für die Arbeiterklasse hinwies und von der SPD. sprach, als von jener „großen Partei, die unberührt von der Moskauer Zerstörung geblieben ist“. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei erscheine den Unabhängigen wohl oft unverständlich, aber, fügte Merkel hinzu, man müsse bedenken, daß auch die unabhängige Politik den Genossen drüben oft unverständlich erscheine. Merkels Rede war ein mutiger Versuch, das erkösende Wort auszusprechen. Er forderte den „entscheidenden Schritt“, schilderte die ungeheure magnetische Kraft, die eine geeinigte Partei auf die Massen der Indifferenten ausüben würde, von denen 99 Proz. erst wieder aktiv für die Arbeiterklasse wirken wollen, wenn die Einigung vollzogen sein wird. „Tun wir diesen Schritt!“, schloß Merkel seine Rede, der wohl nur bei einem kleinen Teil der Delegierten sichtbaren Beifall fand, aber auch keinen lauten Widerspruch erzeugte. Es ist nur bedauerlich, daß diese Reden nicht von markanteren Führern mit größerer Autorität gehalten wurden.

nach Oelma (Schwarzburg-Rudolstadt), von da in einer halben Stunde nach Wittgensee (Rauh J. A.), dann in einer Stunde nach Drobnitz (Preußen), und von hier erreicht man in einer Stunde Saathal (Sachsen-Altenburg).

## Celly de Rheydt.

Preussische Männer sitzen vor hohem Gericht und schwigen. Sie fühlten sich an die Schlinge gepackt. Erstens: ein Weib! und außerdem: nach!

Die Celly hat Qualitäten, Intimitäten, Exzentrikeritäten. Die hat sie — wie sagt man — sozialisiert. Hoch nein! Wie mich famos geniert.

„Der Staatsanwalt!“ schreit die Ottilie, „wo bleibt denn der Reiz der Familie! Ich fordere, daß man verpönt ein Weib, das die Männer verhöhnt. Wie war meinem Mann bei mir wohl — jetzt kommt er mir nur noch frivol.“

Ottilie hat sicherlich recht. Man schlenkert nicht mit dem Geschlecht, und wenn schon, dann tut man's zu Haus, sonst ist's mit der Entlichkeit aus.

Die Preise sind hoch, denn umsonst jodelt keine läppige Kunst. Der hohe Gerichtshof studiert, wohnen sich der Eindruck verliert, und wehe dir, wenn sie was packt, dann wirft du, o Celly, verknackt.

Paulchen.

Am Subferichtabstimm der Staatlichen Museen gelangen neue graphische Arbeiten von Max Sienogol zur Ausstellung. Dazwischen finden die Kunstausstellungen des Jahres 1920, die von Louis Corinto sowie der niederländischen Landschaftsgemälden des 16. und 17. Jahrhunderts bis an weiteres bestehen.

In der Sankt-Annen-Kirche „Der Sturm“, Cotsdamer Str. 194 a, werden im Januar sponserntheilige Gemälde, Skulpturen und Glasbilder von Arnold Böcklin, Adolf Bauer, Saar gezeigt. Die Ausstellung ist täglich von 10-6, Sonntag von 11-2 Uhr geöffnet.

Das erste diesjährige Konzert-Mittagkonzert im Schiller-Theater Charlottenburg am Sonntag, den 11. d. M., 11½ Uhr, das unter Mitwirkung von Gertrud Tscherning, Prof. Dr. Georg Schumann und Prof. Paul Kuhnert, beim Beisein von Serenade in D-dur op. 23 für Violine und Viola, Vierter von Schumann und Dingo Wolf und des Klavierquartetts in A-dur op. 29 von Brahms. Eintrittskarten 10 M. einschließlich Garderobe und Programm.

Das Künstlerfest der „Kunstfreunde“ findet am Sonnabend, 4. Februar, in den letzten ausverkauften Räumen der Bildharmonts statt. Ein öffentlicher Kartendevant findet nicht statt. Karten sind in der Geschäftsstelle Kunstverlag Dietel, Schneberg, Wernerstr. 10, zu haben.

Widerspruch wird zwar nie laut. In dieser Hinsicht bietet der Unabhängige Parteitag ein noch viel friedlicheres Bild als die eben wegen dieses Mangels an Aufgeregtheit von unabhängiger Seite so verpönten letzten Parteitage der SPD. Indessen hat man es noch nicht verlernt, die alten Scheinrevolutionären Schlagworte mit lautem Händeklatschen zu unterstreichen. Das soll aber nicht etwa heißen, daß die Leipziger Beratungen im allgemeinen auf einem tiefen Niveau stehen, vielmehr sind manche Ausführungen sehr bemerkenswert, so ein durchaus sachliches und lautes Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Herz über die Steuerfragen, in dem die Hoffnung auf ein solidarisches Zusammengehen der beiden Parteien zum Ausdruck kam. Hoffentlich wird die im Manifest ausgesprochene und von Kurt Rosenfeld so dröhnend feierlich verkündete Bekämpfung aller indirekten Steuern nicht zu einer tatsächlichen Verkennung gewisser außenpolitischer Notwendigkeiten durch die U.S.P.-Fraktion führen.

Im ganzen bot bisher die Leipziger Tagung das Bild einer Partei, die sich abwartend verhält. Man kann nicht mehrere Jahre radikalster Abstinenz mit einem Male abschütteln, oder man glaubt es nicht zu können, oder man wagt es einfach nicht. Zugleich aber verbietet man allen lauten Beteuerungen zum Trotz gefährliche Festlegungen. Mögen alle, die guten Willens sind, und die in der Einigung der einigungsbereiten Teile der Arbeiterklasse die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft erkennen, Türen weder leichtfertig noch gewaltsam verriegeln.

## Die Kürzestriefel-Methode.

General Hoffmann, dessen berühmter Faustschlag auf den Tisch von Brest-Litowsk zwar eine Legende, aber eine gut erfundene Legende ist, bemüht sich, seinem historischen Ruf Ehre zu machen. In dem gleichen Moment, wo die europäischen Regierungen Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland anbahnen, predigt er im „8-Uhr-Abendklub“ die militärische Intervention. Haarscharf setzt der General die Chancen auseinander, die das Vorgehen einer alliierten Interventionsarmee gegen Moskau habe und findet sie ausgezeichnet.

Unter das Ganze möchte man das Zeugnis schreiben, das fast unter alle schriftstellerischen Leistungen der beschäftigungslosen Herren Generale paßt: Militärisch sehr gut, politisch und psychologisch ahnungslos. Auf den Gedanken, im jetzigen Augenblick eine militärische Intervention gegen Rußland zu propagieren, kann wirklich nur ein Mann von dem Horizont eines preussischen Generals verfallen.

## Hermes über die neuen Steuervorlagen.

### Die Beschlüsse der Steuerauschnisse.

In einer gemeinsamen Sitzung der Steuerauschnisse des Reichstags führte am Dienstag Reichsfinanzminister Dr. Hermes aus: „In den Steuerauschnissen sind in einer Reihe von Gesichtspunkten Änderungen beschlossen worden, die deren finanzielles Ergebnis wesentlich beeinflussen. Mit Rücksicht auf die allgemein bekannten Verhältnisse muß die Reichsregierung den größten Wert darauf legen, daß die bereits betonte Notwendigkeit der Ausschöpfung aller Steuerquellen bis auf das äußerste tatsächlich erfüllt wird. Die Reichsregierung wünscht daher die Beschlüsse der ersten Lesung in dieser Richtung einer Nachprüfung unterziehen zu wollen. Die Fülle auf Kaffee, Tee und Kakao, deren Erhöhung in erster Linie abgelehnt worden ist, müssen mindestens auf die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe gebracht werden. Bei der Tabaksteuer wird die Herabsetzung der Ermäßigung der Steuerhöhe für Zigaretten und Feinschnitt von 20 auf höchstens 10 Proz. notwendig sein. Bei der Biersteuer muß die Steuerbegünstigung für Bier bis zu 9 Proz. Stammwürzegehalt beseitigt werden und der gesamte Biersteuerertrag soll dem Reiche zufließen. Die Gemeinden können daneben die Befugnis zur selbständigen Erhebung eines bestimmten Zuschlages erhalten. Die Zuckersteuer muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von 100 M. pro Doppelzentner gebracht werden, ebenso kommt es bei der Kohlensteuer auf die Bewilligung der vorgeschlagenen Erhöhung auf 40 Proz. ganz besonders an. Je nach der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse soll eine Ermäßigung oder Erhöhung dieses Satzes eintreten können.“

Die Umsatzsteuer, die wegen ihres Ertrages des Rückgrat der vorgeschlagenen Finanzreform bildet, muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von 2½ Proz. wiederhergestellt werden. Bezüglich der Luxusgütersteuer, die in der ersten Lesung gefürchtet worden ist, bleibt zu erwägen, ob nicht der diesem Vorstoß zugrunde liegende berechtigende Gedanke in der Weise durchgeführt werden kann, daß unter Berücksichtigung des Vorstoßes des Deutschen Städtetages ein Rahmengesetz im Sinne des Entwurfs geschaffen wird, innerhalb dessen die Gemeinden für selbständige Regelung befugt erklärt werden.

Bei den Vermögenssteuergesetzen muß in betreff der Paragraphen 16 und 17 des Vermögenssteuergesetzentwurfs in zweiter Lesung eine Lösung über die Änderungen der Bewertungsvorschriften gefunden werden, auf deren Boden eine breite Mehrheit dieses Hauses treten kann. Auch bei der Vermögenswachstumssteuer halte ich die weitgehende Ermäßigung des Tarifs nicht für tragbar. Will man die eingetretene Geldentwertung berücksichtigen, so würde für die erste Steuerstufe dieses Tarifes die Einsetzung von 200 000 M. statt 100 000 M. genügen. Durch die Absätze und Abschwächungen, die in erster Lesung an den Steuervorlagen vorgenommen worden sind, entfallen Ausfälle, die sich auf die Summe von 12 Milliarden belaufen.

Die Kritik des Auslandes über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes ist vollständig unberechtigt. Der ursprüngliche Tarif der Einkommensteuer stammt aus dem Jahre 1919 bis 1920. Bei dieser Aufstellung war auf die Geldentwertung fast gar keine Rücksicht genommen worden. Inzwischen ist die Entwertung der Mark ganz besonders nach ihrer inländischen Kaufkraft infolge der immer härter werdenden Angleichung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise außerordentlich groß geworden. Heute ist der internationale Wert der Mark etwa 2 bis 3 Pfennige. Die inländische Kaufkraft wird mit nur noch 5 Pfennigen angenommen werden können, da die inländischen Preise durchschnittlich zwanzigmal so hoch sind als im Frieden. Demgemäß besitzen die Markteinkommen nur noch den zwanzigsten Teil ihrer Friedenskaufkraft, so daß also jetzt ein Einkommen von 30 000 M. seiner Kaufkraft nach einem Friedenseinkommen von 2500 M. entspricht. Unter diesen Umständen mußte das im wesentlichen auf die Friedenskaufkraft der Mark abgestimmte Gesetz der jetzigen Kaufkraft der Mark angepaßt werden. Durch diese Ermäßigung der Einkommensteuer auf eine den Wertverhältnissen der Mark entsprechende Höhe werden bei der bisherigen außerordentlich hohen Belastung die Steuerhinterziehungen eingedämmt werden können. Die Stellungnahme eines Teils der ausländischen Presse gegenüber der im Dezember beschlossenen Maßnahme entspricht nicht der Auffassung, die bei anderen Gelegenheiten von ausländischen Sachverständigen über die deutsche Steuerbelastung ausgesprochen worden ist. Bereits auf der Brüsseler Finanzkonferenz wurde auf die starke Anspannung der direkten Steuern in Deutschland hingewiesen, und vor einiger Zeit erklärte ein bekannter französischer Sachverständiger, daß die direkten Steuern in Deutschland wegen ihrer enormen Höhe nicht voll eingingen.

Vom Reichsfinanzministerium ist wiederholt darauf hingewirkt worden, daß die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für 1920 sobald zum Abschluß kommt. Berichten der Landesfinanzämter zufolge ist mit der Vollendung dieser Veranlagung Ende d. M. zu rechnen. Dann wird die schnelle Einziehung

der Einkommensteuer erfolgen, und es werden nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes auf Grund der Veranlagung für 1920 selbsttätig die Vorauszahlungen für die weiteren Rechnungsjahre eintreten, so daß auch dann diejenigen Einkommen, die nicht dem Lohnabzug unterliegen, in gleicher Weise rechtzeitig ihre Steuern leisten.

Unmittelbar an die Veranlagung der Einkommensteuer für 1920 soll sich die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 anschließen, die spätestens bis Mitte 1922 zu Ende geführt sein muß. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß im Jahre 1922 die Steuerbehörden nicht durch neue steuerliche Maßnahmen in ihrer bisherigen Arbeit gestört werden. Ich bitte Sie daher, von neuen steuerlichen Maßnahmen absehen zu wollen, die nur auf dem Papier stehen würden und dem Reiche den Vorwurf bringen würden, daß in Deutschland zwar Steuern geschaffen, aber nicht eingezogen werden.

Die Rede des nebenamtlichen Reichsfinanzministers zeigt deutlich das Bestreben, die Verbrauchssteuern unter allen Umständen durchzusetzen, neue Vermögenssteuern, vor allem die Erfassung der Sachwerte, abzubiegen. Die sozialistischen Parteien werden mit dieser Weigerung, den Verbrauchsgaben ausreichende Belastungen gegenüberzustellen, rechnen und danach ihre Politik richten müssen. Der Ausschuß vertagte sich auf nächste Woche.

## Der Maulkorb des Völkerbundes.

Saarbrücken, 10. Januar. (RTB.) Am Sonntag sprach der Reichstagsabgeordnete Solmann über das Thema: „Wie sichern sich die europäischen Völker ihre Zukunft?“ Es war Solmann ausdrücklich zur Bedingung gemacht worden, daß er nicht auf die Verhältnisse im Saargebiet eingehe und vor allem eine Kritik an der Regierungskommission nicht üben dürfe. Die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt über den Aufenthalt Solmanns: „Bei dieser Gelegenheit muß bemerkt werden, daß Solmann der erste deutsche Reichstagsabgeordnete ist, der, obwohl er nicht zur kommunistischen oder unabhängigen Fraktion gehört, dennoch die Einreiseerlaubnis nach dem Saargebiet erhielt.“

### Eine U.S.P.-Stimme.

Bei der Stadtverordnetenversammlung des Völkerbundes hielt der Präsident der Regierungskommission, Rauff, eine Rede, auf die ihm jetzt der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie des Saargebiets, Eugenarzt Schneider, in der „Rheinheimer Tribüne“ Antwort erteilt. Er schreibt:

„Es ist unser aller Ueberzeugung, daß Ihre Regierungshandlungen darauf abzielen, aus dem deutschen Saargebiet französisches Land zu machen.“

Ihr System der Unfreiheit und Abschneidung erzeugt nur Erbitterung, die von Ihnen auf das Land zurückfällt, das Sie geschildert hat. Und selbst wenn es Ihnen gelänge — was wäre dann für die Ruhe und den Fortschritt der Menschheit erreicht, die doch allein für den vernünftigen Staatsmann richtunggebend sein sollen? Kann es am Ende Ihrer Regierung Genuß und oder gar Freude bereiten, eine Bevölkerung, die nur nach Frieden und Arbeit verlangt, gequält zu haben? Wollen Sie es als Franzose erleben, daß das Saargebiet, wenn es nach 13 Jahren zur Abfindung über sein künftiges Schicksal berufen wird, einmütig und mit hörbarem Aufatmen Ihre

### drückende Fremdherrschaft

abkündigt? Kann das Ihren Ehrgeiz befriedigen? ... Sie bekennen sich als Demokraten. In Ihrer Ansprache an uns verpöten Sie mit Recht unsere Zustände in jenen Zeiten, in denen es nur einer Unterhaltung der dem Throne höherstehenden in den Vorzimmern des Palastes bedurfte, damit die Stimme des Volkes ungehört verhallte. Aber hören Sie die Stimme des Volkes? Kennen Sie auf dem weiten Erdenrund eine einzige Demokratie ohne Parlament? Wissen Sie ein demokratisch verwaltetes Land, wo die Selbstverwaltung der Gemeinden so eingeschränkt wäre, wie sie durch Sie eingeschränkt wird, der Sie den Gemeinden sogar vorschreiben, in welcher Währung sie Steuerzulagen geben sollen? Ich wende mich gegen den undemokratischen Zwang, durch den Sie den Franzosen zur Erreichung Ihrer politischen Absichten einzuführen suchen. Der gleiche, mehr oder minder sanfte Zwang und die Abwehr gegen den dahinter stehenden politischen Zweck ist es auch und ganz allein, der mich gegen die Einführung des Französischen in den Unterrichtsanstalten der Volksschulen Stellung nehmen läßt. ... Was soll die Befahrung? Ruhe und Ordnung aufrechterhalten? Dazu hat von jeher unsere Polizei und Gendarmerie genügt. Oder glauben Sie, sich gegen uns Unbewaffnete durch Bajonette schützen zu müssen? Auf Bajonetten ruht sich schlecht; sie sind die denkbar unangenehmsten Mittel, eine friedliche Bevölkerung ruhig zu halten. Schützen Sie sich mit den Waffen des Weltkrieges, den einzig tauglichen, entworfen Sie uns durch ein freies Regime. Das wird Sie zugleich unsterblicher machen, als die Gedenktafel, die in der Aula des Gymnasiums

### Ihren Namen verewigen

soll und in wenigen Jahren doch nur noch geschichtliches Kuriosum sein wird. Regieren Sie freiheitlich und fortschrittlich, wenn Sie den Ehrgeiz haben, daß Ihr Name Ihre Präbendenshaft überdauern soll. Dieser Ton steht in erfreulichstem Gegensatz zu dem des saarbrückenschen Redners auf dem Leipziger U.S.P.-Tag.

Die zaristische Saargebietskommission des Völkerbundes durfte kein Parlament, auch die Kreisstage nicht; indessen haben sich diese größtenteils doch versammelt. Als aber in Saarlouis die Kreisstagemitglieder sich im Kreislandhaus versammeln wollten, fanden sie vor dem Gebäude Gendarmen postiert. Die Volksvertreter wichen darauf unter Protest der bemessenen Macht und versammelten sich an einem anderen Ort zu einer interfraktionellen Sitzung, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Wie verlautet, soll gegen den Kreisstagesdeputierten Berg ein Strafverfahren anhängig gemacht werden, weil er sich nach der Auffassung des Landrates von Saarlouis ein öffentliches Amt angeeignet hatte. Die Kreisstage stellen sich in allen Punkten hinter die Denkschrift und die Forderungen, die gegenwärtig von der neuen Delegation der politischen Parteien des Saargebietes in Genf vertreten werden. Der Kreisstag von Metz forderte am Schluß seiner Eingabe die sofortige Errichtung eines Saarparlaments.

## Nach Oedenburg — Wilna.

Warschau, 10. Januar. (DE.) Die Wilnaer Wahlen, die unter nahezu ausschließlicher Teilnahme der polnischen Bevölkerung stattfanden, ergaben den Sieg der polnischen Anexionisten und eine völlige Niederlage der Föderalisten. Der aus Wilna oberhalb Staatlicher Pilsudski, der Vorkämpfer des föderalistischen Gedankens, hatte seine Reise nach Wilna zur persönlichen Stimmabgabe wegen einer angeblichen Erkrankung aufgegeben. Weder die Juden noch die Litauer hatten Wahlstimmen aufgegeben und auch die polenfreundliche Wehrlosen-Gruppe nur je eine in zwei von den zehn Wahlkreisen. Jede unparteiische Kontrolle war unmöglich. Selbst nach amtlichen Angaben stimmten in der Stadt Wilna, dem Hauptort der polnischen Bevölkerung des Gebietes, von 70 000 Stimmberechtigten nur 41 000.

Der in Warschau eingetroffene General Jelinowski, der seinerzeit Wilna „eigenmächtig“ besetzt und es Litauern geraubt hatte, wurde vom französischen Gesandten in Warschau Panofka und vom Außenminister Skramont zu einer längeren Besprechung empfangen.



